

## (WB 18.03.) Minijobs sind eine Sackgasse

### Ausstellung »Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb« zum Equal-Pay-Day



Siegfried Huss

Herford (HK). Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen ist immer noch keine Realität. Darauf weist das Netzwerk »Frauen & Arbeitspolitik im Kreis Herford« mit der Ausstellung hin »Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb« hin. Anlass ist der »Equal Pay Day (Tag der gleichen Bezahlung)«, der an diesem Samstag, 18. März, begangen wird.

Ella Kraft, Sprecherin des Netzwerks, dem 60 Frauen aus verschiedenen Arbeitsbereichen angehören, erklärte bei der Eröffnung: »Im Vergleich zu den Männern verdienen Frauen immer noch 21,3 Prozent weniger.« Auf diese Ungleichheit weist auch die Wanderausstellung des NRW-Arbeits-Ministeriums hin. Auf zwölf Stelltafeln geht es unter anderen um Minijobs, Leiharbeit und faire Löhne. Sie sind bis Monatsende im Elsbachhaus zu sehen.

Die 2013 gestartete Initiative »Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb« hat sich zum Ziel gesetzt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen. Monika Lüpke erläutert: »Das anfangs gut gemeinte Instrument der Minijobs führt immer stärker zur Benachteiligung von Frauen. Daher ist es dringend erforderlich diese in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln.« Ziel müsse es sein, dass Frauen wie Männer überall arbeiten können und gleich bezahlt werden. Minijobs führten in eine Sackgasse.

Eine Studie von Sozialwissenschaftler Dr. Carsten Wippermann habe ergeben, dass bei 60 Prozent der Minijobber kein Übergang in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erfolgt. Die Existenz sei damit für die Zukunft nicht gesichert. Die im Minijob zu erwerbenden Rentenansprüche lägen unterhalb der Grundsicherung, die keine Regelleistung darstelle. Viele Frauen wollten gerne mehr arbeiten, doch es gebe immer weniger Alternativen. Gut qualifizierte Frauen landeten in einer beruflichen Sackgasse. Dr. Wippermann: »Es stimmt nicht, wenn gesagt wird: Der Minijob sei eine Brücke in ein normales Beschäftigungsverhältnis.« Daher plädieren auch SPD-MdB Stefan Schwartze und Linken-Kollegin Inge Höger für die Einführung sozialversicherungspflichtiger Jobs. Sie führten zu mehr Einnahmen in Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.